Neue Freie Zeitung
Nr. 34 · Donnerstag, 22. August 2019 € 0,80
Österreichische Post AG
WZ 02Z032978 W
Neue Freie Zeitung (NFZ), Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, A-1080 Wien - Tel.: 01 512 35 35 0 - Fax: 01 512 35 359
Retouren an NFZ, Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien

Rotes Prestigeprojekt verhöhnt den Umweltschutz!

Hart ins Gericht geht der Kärntner FPÖ-Landesparteiobmann Gernot Darmann mit der SPÖ im Land und in der Stadt Klagenfurt: „Für den ‚Wald im Stadion' wurden aus dem Ausland 300 ausgewachsene Bäume mit Lkw ins Wörthersee-Stadion gekarrt und implantiert." S. 13

Foto: FPÖ Kärnten

Nur FPÖ verhindert Politik à la Merkel!

Spitzenkandidat Norbert Hofer warnt im „Sommergespräch" vor Schwarz-Grün S. 2/3

Die Justiz als Wahlhelfer der schwarzen Koalitionssprenger?

Bei der Aufklärung der „Ibiza-Affäre" agiert die Justiz bedenklich einseitig – S. 4/5

Foto: NFZ

PARLAMENT

Verbots-Wettkampf

Die ÖVP versucht die Grünen als Verbotspartei zu übertreffen. Neben dem politischen Islam will die Partei, die es nicht einmal schaffte, die rechtliche Grundlage zur Schließung von Hassprediger-Moscheen zu schaffen, auch gleich die Identitären auflösen. S. 6

AUSSENPOLITIK

Billionen-„Pillepalle"

Greta Thunberg will die Menschen in Panik versetzen. Bei Angela Merkel hat sie es geschafft. Die will bis 2050 Deutschland zum „Null-CO2-Emmissionsland" machen. Kosten: sieben Billionen Euro. Effekt der Geldvernichtung für die Erd-Atmosphäre: Null. S. 8/9

WIEN

Auf Zerstörung aus

Die Wiener SPÖ geht ihren Weg der Zerstörung des Wiener Gesundheitswesens unbeirrt fort. Obwohl die Wartezeiten in den Spitälern für gewisse Operationen bereits fast vier Monate betragen, will die Stadt auch noch Stellen für Wahlfachärzte streichen. S. 11

MEDIEN

Nur Rechtsextreme?

Laut Verfassungsschutzbericht geht die größte Gefahr für Österreich vom islamistischen Extremismus aus. Die „ZiB1"-Redaktion interpretierte das aber völlig anders und sieht „rechtsextreme Gewalt gegen Juden, Muslime und Asylwerber" auf dem Vormarsch. S. 14

Foto: NFZ

AUS DER REDAKTION

Andreas Ruttinger
andreas.ruttinger@fpoe.at

Wozu das Asylthema im Wahlkampf, wo doch das Klima DAS Thema sei, meinte der „Sommergespräche“-Moderator. Das mag für die Exklave Küniglberg gelten, aber nicht für Österreich.

Asyl, nein – Klima, ja?

Wenn der ORF nicht Gewalttaten von Asylwerbern/Asylanten bemerkt oder das verlorene Sicherheitsgefühl der Österreicher als Irrglauben oder populistische Propaganda abtut, die Österreicher bekommen die Folgen der Masseneinwanderung seit 2015 tagtäglich zu spüren.

Und sie wissen jetzt, nach der Rücknahme der 1,50-Euro-Zuverdienstverordnung für rundumversorgte Asylwerber durch die ÖVP-Kurzzeitalleinregierung, oder der Ankündigung, dass ein Lehrantritt künftig wieder eine Abschiebung verhindern soll, wie es um die Asylpolitik der ÖVP bestellt ist. Die ruht sich auf dem Lorbeer-Mythos der „Schließung der Balkanroute“ aus, die ihr Viktor Orbán abgenommen hat.

Da entlockt die Ankündigung des Herrn Blümel vom „Verbot des politischen Islam“ ein müdes Lächeln. Erinnert man sich doch daran, dass das lahme Islamgesetz von Rot-Schwarz nicht einmal die Schließung jener Moscheen und die Auflösung der Betreibervereine zuließ, in denen Hassprediger zum Dschihad aufriefen und unseren Rechtsstaat und unsere Lebensweise ablehnten.

Aber es ist natürlich wichtiger, den CO2-Ausstoss der Autos zu verringern, am besten durch eine CO2-Strafsteuer. Kleine Nachdenkhilfe für den ORF: Die Menge an CO2, die der Verkehr in Österreich pro Jahr verursacht, bläst China an einem einzigen Tag in die Atmosphäre.

FPÖ ist positive Antithese z

Norbert Hofer präsentiert in den „Sommergesprächen“ die Eckpunkte ein

Ibiza-Folgen, Parteiführung, Asyl- und natürlich Klimapolitik standen im Mittelpunkt des ORF-„Sommergesprächs“ mit dem designierten FPÖ-Bundesparteiobmann Norbert Hofer. Dieser bekräftigte die Ablehnung einer schwarz-grünen Asyl- und Klimapolitik à la Merkel: „Kein Abrücken bei Asyl und Anreize, statt Strafen, beim Klima.“

Vergangenen Montag saßen sich beim ORF-„Sommergespräch“ zwei Debütanten gegenüber, die ihren Auftritt dem „Ibiza-Video“ in irgendeiner Weise „verdanken“: Nobert Hofer als designierter FPÖ-Parteichef und Tobias Pötzelsberger als Moderator. Das tat aber der Sendung keinen Abbruch, sondern erbrachte, im Gegensatz zu manch bisher gewohntem, ein erfrischend konstruktives und streckenweise fast amikal anmutendes Gespräch.

Ungleiche Ermittlungen

Den Einstieg machte erwartungsgemäß das „Ibiza-Video“ und dessen Folgen (Stichworte: „Casino-Postenschacher“). Hofer äußerte dazu seinen Unmut über die Folgen einer anonymen Anzeige, die Razzien samt Telefon-Beschlagnahmen bei Strache und Gudenus: „Dem jungen Herrn, der fünf Festplatten aus dem wichtigsten Büro der Republik hinausgetragen hat und schreddern ließ, dem wurde das Telefon auch abgenommen, aber gleich wieder zurückgegeben.“

Er finde es auch nicht nachvollziehbar, warum die Ermittlungen beim „Ibiza-Video“ nach drei Monaten noch keinerlei brauchbare Ergebnisse erbracht hätten, die „Produzenten“ noch nicht einmal von der Staatsanwaltschaft vorgeladen worden seien.

Eine Rückkehr in die Parteipolitik werde es für HC Strache, auch wenn dieser das vielleicht anders sehe, nur geben, wenn „alle Verfahren eingestellt sind oder ein Freispruch erfolgt“ sei. Selbst wenn das Jahre dauern könnte, betonte Hofer.

Kein „Good cop – Bad cop“

Die derzeitige Doppelspitze mit Herbert Kickl beurteilte Hofer als sehr effektiv. Es gehe hier nicht darum, „good cop“ und „bad cop“ zu spielen, wie es die Medien hinaustrommeln. Er sei auch keiner, der immer nur freundlich ist und zu allem ja sagt. „In einer künftigen Regierung lässt es sich mit mir vielleicht leichter arbeiten als mit meinem Vorgänger. Aber bei den Regierungsverhandlungen bin ich sicher härter“, kündigte Hofer an.

Und er ließ auch prompt die Themen folgen, über die er dann härter mit der ÖVP verhandeln werde: Natürlich zuerst das Thema „Direkte Demokratie“, da könne die Latte für verbindliche Volksabstimmungen nach einem Volksbegehren bei 650.000 Unterschriften liegen, was die ÖVP im Wahlkampf 2017 selbst gefordert hatte – und nicht bei 900.000, auf die Kurz in den Koalitionsverhandlungen hinauflizitierte.

Foto: FPÖ

Herzlich im Ton, hart in der Sache: Norl
arbeit auf: Mehr direkte Demokratie, ke

Klima: Anreize statt Strafen

In Sachen Klimaziele habe die Umsetzung der Nahverkehrsmilliarde absolute Priorität: „Österreich ist in Europa zwar die Bahnfahrer-Nation Nummer eins, aber für das Umland rund um größere Städte wird noch viel zu wenig getan.“

Er verstehe nicht, warum alle anderen Parteien in Sachen Klima sich mit Steuererhöhungen zu übertreffen versuchen, aber keiner das Prinzip des Anreizes verfolge. Daher erteilte er den immer lauter erhobe-

SPITZE FEDER Stand der Ermittlungen zum „Ibiza-Video“.

IMPRESSUM Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz
Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) –
Die Freiheitlichen, Bundesparteileitung,
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;
Freiheitlicher Parlamentsklub,
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien

Geschäftsführung: Ing. Mag. Joachim Stampfer
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9

E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at
E-Mail Verwaltung: jana.feilmayr@fpoe.at
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29

Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien

Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;
Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);
Auslandsjahresbezug: € 73
BIC: OPSKATWW
IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.
Verlags- und Herstellungsort: Wien

Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

zu Schwarz-Grün!

er künftigen freiheitlichen Regierungspolitik

bert Hofer zeigte die freiheitlichen Richtlinien zu einer künftigen Regierungs- in Aufweichen der Asylgesetze, keine Strafsteueraktionen zur Klimapolitik.

nen Forderungen nach einer CO2- oder Kerosin-Steuern eine Abfuhr: „Alles teurer zu machen, kann nicht die Lösung sein. Wir wollen keine neuen Steuern, sondern umgekehrt Steuer-Erleichterungen für alternative Energieformen, von Photovoltaik über Windkraft bis hin zu Wasserstoff-Brennstoffzellen oder ähnlichem."

Menschen helfen, statt sie holen

Den Einwurf, dass das Klima das bisherige FPÖ-Thema Asyl verdrängt habe, ließ Hofer nicht gelten: „2015 hat uns verändert. Da kommen hunderttausende Menschen zu uns, die angeblich Schutz suchen, und dann müssen aber wir uns vor denen schützen."

Lese er in der Zeitung von einem Messerattentat, dann kämen die Täter kaum aus Bruck oder Stinatz, sondern aus Afghanistan oder ähnlichen Ländern, bemerkte Hofer. Das von Kickl geäußerte Ziel der „Null-Migration" könne er daher nur unterstützen: „Jeder Euro, den wir in den Krisenländern investieren, bewirkt ein Vielfaches mehr, als wenn wir Hunderttausende ins Land lassen."

KURZ UND BÜNDIG

Foto: FPÖ Niederösterreich

Lob für die Exekutive

„Unser Vertrauen in die Arbeit der Polizei hat sich mit dem ersten Ermittlungserfolg bewahrheitet", lobte Niederösterreichs FPÖ-Landesobmann Udo Landbauer (Bild) den Fahndungserfolg der Polizei zum Brandattentat. Nun gelte es, die drei Komplicen des verdächtigten Afghanen ausfindig zu machen sowie die Hintergründe für diese lebensgefährliche Tat zu eruieren und an mögliche Drahtzieher heranzukommen: „Sollte sich der Verdacht gegen den subsidiär Schuztberechtigten bestätigen, dann muss er abgeschoben werden."

Faire Pensionsanpassung

Nach der Veröffentlichung des Verbraucherpreisindex, der Inflationsrate und der Pensionsanpassung von 1,8 Prozent für 2020 sollte es wohl selbstverständlich sein, wenn die Pensionen über diesen Betrag hinaus angeglichen werden, betonte der freiheitliche Seniorensprecher Werner Neubauer (Bild). Denn Österreichs Pensionisten hätten sich – entgegen den Unkenrufen der Neos – ihre Pension in jahrzehntelanger schwerer Arbeit redlich verdient", argumentierte der freiheitliche Seniorensprecher.

Foto: FPÖ

Foto: FPÖ

Datenhandel im BKA?

Im Machtkampf um die Auswertung der Mobilfunkdaten des zurückgetretenen Vizekanzlers HC Strache habe sich das ÖVP-nah besetzte Bundeskriminalamt gegen die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft durchgesetzt, bemerkte FPÖ-Sicherheitssprecher Hans-Jörg Jenewein (Bild) zur Rangelei unter den „Ibiza-Aufklärern". Er befürchtet, dass Daten daraus in den Medien auftauchen und das „Dirty-Campaigning" gegen die FPÖ befeuern werden: „In der Datenforensik des BKA kam es in der Vergangenheit zu höchst eigenwilligen Vorgängen, die in entsprechenden Medienberichten gewürdigt wurden."

AUFSTEIGER

Foto: NFZ

FPÖ-Spitzenkandidat **Norbert Hofer**, der das „Strafen der Bürger über Steuern" ablehnt. Auch beim Klimaschutz will er statt einer CO2-Steuer die Österreicher über Anreize zur Verringerung der CO2-Emissionen animieren.

ABSTEIGER

Foto: NFZ

Neos-Spitzenkandidatin **Beate Meinl-Reisinger**, die vorgeblich Liberale springt auf den „Klimakrise-Zug" auf und will den Österreichern zusätzlich zur Mineralölsteuer und NoVA eine CO2-Steuer umhängen.

Foto: FPÖ

BILD DER WOCHE Klare Ansage der Tiroler Freiheitlichen zur Sicherheitspolitik: „Wir wollen Kickl zurück!" – ins Innenministerium.

„Soko Ibiza“: Datenstöberei statt Datenhandel

Der freiheitliche Sicherheitssprecher Hans-Jörg Jenwein geht mit den Ermittlern in Sachen „Ibiza-Video“ hart ins Gericht. Nur gegen die FPÖ wird eifrig ermittelt, geht es um die ÖVP, wird Dienst nach Vorschrift gemacht, auch aus Karrieregründen.

Das „Ibiza-Video“ wurde vor drei Monaten veröffentlicht. Wie beurteilen Sie den Stand der Ermittlungen?

Jenewein: Es ergibt sich eher der Eindruck, dass die Sommerpause dafür genutzt wird, um in den ‚wohlverdienten Winterschlaf‘ zu wechseln. Aber das darf uns nicht wundern. Wenn wir uns die ‚Soko Ibiza‘ genauer ansehen und dabei die handelnden Personen unter die Lupe nehmen, so sieht man hier nahezu ausschließlich der ÖVP zuzurechnende Ermittler. Das ‚schwarze Netzwerk‘ im BMI hat hier voll zugeschlagen.

Ist es eine glückliche Lösung, dass die Ermittlungen aufgeteilt wurden, die Wirtschaftsstaatsanwaltschaft zum Inhalt und die Staatsanwaltschaft Wien zu den Hintermännern ermitteln?

Jenewein: Realistischerweise sehen wir einen Machtkampf zwischen der ‚roten‘ WKStA und dem ‚schwarzen‘ BMI. Wobei in diesem Fall die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft wesentlich agiler und ordentlicher arbeitet als die Ermittler im BMI. Möglicherweise hängt dies auch damit zusammen, dass man natürlich jegliche Mitwisserschaft zu dem Ibiza-Video durch die ÖVP vertuschen will, dass etwa auf den ‚geschredderten‘ Festplatten im Bundeskanzleramt doch ganz andere Dinge gespeichert waren, als uns die ÖVP erzählen will.

Peter Pilz hat kritisiert, dass zum angeblichen „Postenschacher“ nur gegen die FPÖ, aber nicht gegen die ÖVP ermittelt werde und die de facto Nichtvorgehensweise der Justiz in der „Schredder-Affäre“ absolut unverständlich sei. Teilen Sie diese Meinung?

Jenewein: Peter Pilz ist lange genug im Geschäft, um zu wissen, wie in unserer Republik „das System“ funktioniert. Seine Einschätzung teile ich insofern, als dass es auffällt, dass man bei Verdächtigungen, die HC Strache betreffen, einen ungeheuren Eifer erkennen kann bis hin zu einer Hausdurchsuchung auf Grund einer anonymen Anzeige. Auf der anderen Seite, wenn es um die ÖVP geht, ist Gemächlichkeit und ‚Dienst nach Vorschrift‘ zu erkennen. Und zwar überall dort, wo Beamte auf Grund ihrer Parteizugehörigkeit ‚Karriere‘ gemacht haben.

> *„Die Forderung nach dem Verbot der Identitären ist vollkommen absurd.“*

Die ÖVP hat jetzt die FPÖ-Forderung nach einem Verbot des politischen Islam übernommen, aber sie erhebt das Verbot der Identitären zur Koalitionsbedingung. Halten Sie das für akzeptabel?

Jenewein: Die Forderung der ÖVP ist an Absurdität kaum noch zu überbieten. Die Bezeichnung „politischer Islam“ an sich ist schon ein Oxymoron, da der Islam immer eine politische Komponente in sich trägt. Der Islam ist eben nicht nur Religion, sondern auch Gesetz und Staatsform. Was die Identitären betrifft, so kann nur eine Gesetzesverletzung dieser Gruppierung zur Auflösung führen. Alles andere wäre absurd. Im Übrigen kennen wir Regierungsforderungen nach Auflösung oppositioneller Gruppen nur aus Staaten wie etwa Nordkorea.

Foto: NFZ

Foto: NFZ

Die Staatsanwaltschaft Wien sollte sich um Hintermänner und Auftraggeb

Seltsame Ermittlu

Wird das „Ibiza-Video“ durch die verzögerten Erm

Drei Monate sind seit der Veröffentlichung des „Ibiza-Videos“ vergangen. Die wundersamen Ermittlungsschritte und -methoden der Staatsanwaltschaft legen den Verdacht nahe, dass es Bestrebungen gibt, nach der Europawahl auch die Nationalratswahl im September mit dem Video zu beeinflussen, die Wähler zu manipulieren.

Drei Monate nach Auftauchen des ominösen „Ibiza-Videos“ hat die Justiz ihre Ermittlungsgangart verschärft. Nein, nicht die gesamte Justiz, nur die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA). Die zweite Behörde, die per Weisung der Oberstaatsanwaltschaft in die Aufklärung hineingezwängt wurde, die Staatsanwaltschaft Wien, geht das viel gemächlicher an.

Ermittlungen per Weisung

Ein bemerkenswerter Vorgang: Denn schon kurz nach der Veröffentlichung des Videos am Freitag, den 17. Mai, hatte der damalige Generalsekretär im Justizministerium, Christian Pilnacek, im „Kurier“ angekündigt, dass die Oberstaatsanwaltschaft mit einer Prüfung beauftragt wurde: „Es liegen vorerst nur Video-Ausschnitte vor, der Zusammenhang lässt sich nicht beurteilen.“ Der Zusammenhang, das sind konkrete Hinweise auf ein strafbares Verhalten. Die hatte die WKStA aber schon erblickt, in Hinblick auf eine Parteienfinanzierung über Vereine. Aber prompt folgte die erste Weisung, die laut „Standard“ ein bizarres Bild auf die Justiz wirft: Das sei vielleicht „der erste Akt in der Geschichte der Justiz, der mit einer Weisung beginnt“, zitiert die Zeitung einen erfahrenen Justizmitarbeiter.

Zwei Tage später folgte eine „Klarstellung“ zur Weisung, nämlich die Aufsplittung der Ermittlungen: Die Staatsanwaltschaft Wien soll sich auf die Suche nach den Hintermännern und Auftraggebern des Videos machen, während die WKStA sich um die Inhalte des Videos, also potentielle Parteienfinanzierung, kümmern soll.

Während HC Strache und Johann Gudenus von der Staatsanwaltschaft und der „Soko Ibiza“ des Bundeskriminalamtes bereits im Juni getrennt voneinander jeweils vier Stunden lang über Details zur Affäre befragt worden sind, gibt es für die „Produzenten“

er des „Ibiza-Videos“ kümmern, hat aber bisher dazu nur HC Strache und Johann Gudenus einvernommen.

ngen in Wahlkampfzeiten

ittlungen der Justiz erneut zur Beeinflussung einer Wahl herangezogen?

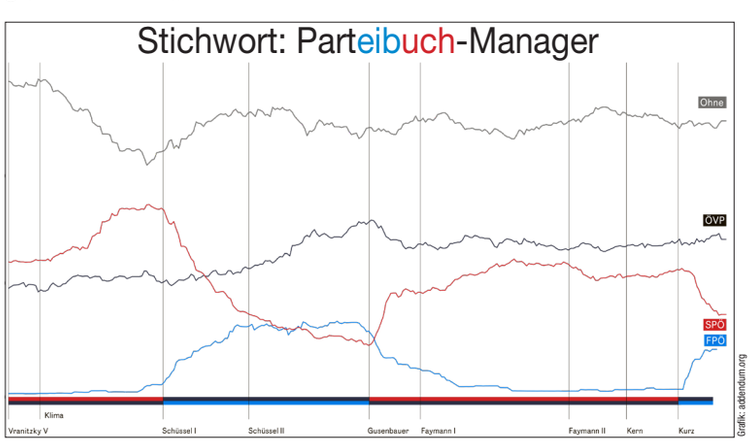
und den Auftrags-Vermittler noch nicht einmal einen Termin für ein Verhör zu der Causa.

Nur die FPÖ im Visier

„Jedem kritischen Beobachter ist mittlerweile aufgefallen, dass die Ermittlungen gegen die Hintermänner in der Ibiza-Causa durch eine höchst fragwürdige Vorgangsweise quasi eingestellt wurden, bevor sie noch richtig beginnen konnten“, wunderte sich FPÖ-Sicherheitssprecher Hans-Jörg Jenewein.

Effektiver agierte die WKStA hingegen auf eine anonyme Anzeige, die aus dem „Ibiza-Video“ den Verdacht des Postenschachers im Zusammenhang mit der Bestellung des Vorstands der Casinos Austria ableitete. Es gab Razzien bei HC Strache, Johann Gudenus, dem Glücksspielanbieter Novomatic und sogar in einem Bildungsinstitut der FPÖ Wien in Tirol sowie die Beschlagnahme von Mobiltelefonen.

Wobei der Zeitpunkt der Aktion einigermaßen pikant gewählt war: Die Anzeige war zwar schon im Juni eingelangt, die Razzien erfolgten Wochen später, zu Beginn des Wahlkampfes – und klar zum Nachteil der FPÖ.



Wer bringt „seine Leute“ in staatlichen/staatsnahen Betrieben unter?

Das fiel sogar dem „Aufdecker der Nation“, Peter Pilz, auf: „Es ist auffällig, dass die Soko Ibiza beim ÖVP-Schredderer Arno Melicharek auf die Sicherstellung des Handys vergessen hat, und bis heute sind die ÖVP-Server nicht nach Ibiza-Mails von Kurz und Blümel durchsucht worden. Am FPÖ-Auge sieht die Soko Ibiza scharf genug. Am ÖVP-Auge scheint das Sehvermögen getrübt.“

Die sieht übrigens hinter den Vorwürfen der Verwicklung in die „Ibiza-Affäre“ nichts anderes als eine „Schmutzkübel-Kampagne“, selbst wenn der Verdacht vom Justizminister in der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage zur „Schredder-Aktion“ der ÖVP kommt. „Diese Standard-Reaktion der ÖVP reicht hier alleine nicht aus“, stellt FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky klar.

Denn der Wahlkampf der ÖVP sei damit um eine Ungereimtheit reicher, attestiert der FPÖ-Generalsekretär: Segensgebet, E-Mail-Affäre, Prüfung von fünf ÖVP-nahen Vereinen durch die Justiz, ‚Schredder-Gate‘ und nun die Anfragebeantwortung des Justizministers. Vielleicht merkt das jetzt auch die Staatsanwaltschaft Wien.

Foto: FPÖ

POLITIK ANALYSIERT

Herbert Kickl
geschäftsführender FPÖ-Klubobmann

Die jetzt im Wahlkampf von der ÖVP erhobene Forderung nach einem Gesetz für ein Verbot des politischen Islam ist an Scheinheiligkeit nicht zu überbieten.

Schließlich war es in der Bundesregierung die ÖVP, die ein solches Gesetz blockiert und verhindert hat. Jetzt, vor der Wahl, damit wieder hausieren zu gehen und diese alte FPÖ-Forderung zu kopieren, zeigt die Unglaubwürdigkeit von Kurz und Blümel.

Täuschungsmanöver

In meiner Zeit als Innenminister habe ich Sebastian Kurz wiederholt auf die Zahnlosigkeit des damals noch in der vorherigen rot-schwarzen Koalition unter Federführung der ÖVP beschlossenen Islam-Gesetzes hingewiesen.

Aufgrund dieser unzureichenden rechtlichen Basis war es unter anderem nicht möglich, radikal-islamische Moscheen endgültig dichtzumachen.

Die FPÖ hat damals für eine Gesetzesänderung Druck gemacht, ist aber bei der ÖVP immer wieder auf taube Ohren gestoßen.

Die jetzige ÖVP-Forderung ist also ein reines Täuschungsmanöver.

In Wahrheit plant die ÖVP nämlich längst eine Koalition mit den Grünen. Damit wären aber wirkungsvolle gesetzliche Maßnahmen gegen den politischen Islam endgültig vom Tisch.

Es zeigt sich, dass nur eine starke FPÖ Schwarz-Grün verhindern kann. Nur wenn die vorherige Koalition fortgesetzt wird und die FPÖ im Bereich der Sicherheit Schlüsselministerien besetzen kann, wird es möglich sein, endlich den gefährlichen politischen Islam zu verbieten und damit die Österreicher vor der Terrorgefahr zu schützen.

Foto: NFZ

HOHES HAUS

Norbert Nemeth
Klubdirektor der FPÖ

Neu ist die Koalitionsbedingung der ÖVP, die sogenannten Identitären aufzulösen. Das erinnert an jene totalitären Ideologien, die die ÖVP vorgibt, bekämpfen zu wollen und beweist, dass der ÖVP ein sehr ausgeprägtes Macht- und Intoleranz-, aber kein Rechtsstaatlichkeits-Gen immanent ist. In einem Rechtsstaat entscheiden die zuständigen Behörden und Gerichte, ob eine politische Bewegung verboten wird, oder nicht.

Am linken Auge blind

Österreich hat das strengste Verbotsgesetz der Welt. Ungeachtet dessen wurden die Identitären von den Gerichten freigesprochen. Das ist zu respektieren, egal ob man die Bewegung mag, oder nicht. Die Grenze des Erlaubten muss dort sein, wo Gewalt zum Mittel der Politik und unsere Verfassungsordnung ernsthaft bedroht wird. Die rote Linie ist die Rechtsordnung und nicht die nebulose Verwendung des Begriffes „extrem“!

Auffallend an der ÖVP-Forderung ist, dass sie auf dem linken Auge offensichtlich blind ist. Von einem Verbot linker Vereine, die Österreich zu Gunsten eines EU-Zentralstaates abschaffen wollen, hört man nichts. Sind das weitere Vorleistungen für eine Koalition mit den Grünen und/oder den Neos?

Ruft man sich die Aussage von Ex-Ministerin Schramböck in Erinnerung, die eine Lehre als Abschiebehindernis verankert wissen will – eine weitere Koalitionsbedingung der ÖVP–, so ergibt sich ein klares Bild: Der Linksruck in Österreich ist ausgemachte Sache und kann nur durch eine Stimme für die FPÖ verhindert werden.

GESELLSCHAFTSPOLITIK

Sektenbericht 2018

Die weltanschauliche Landschaft in Österreich ist durch Internet und Social Media unüberschaubarer geworden, notiert die Bundesstelle für Sektenfragen in ihrem Bericht 2018. Die Themen reichen dabei vom weiten Feld der Esoterik bis hin zu Okkultismus, fundamentalistischen Strömungen und religiösem Extremismus. Ein eigenes Kapitel ist den aufkeimenden „souveränen Bewegungen“ (Staatsverweigerer, Freemen oder Reichsbürger) gewidmet.

Foto: NFZ

GESUNDHEITSPOLITIK

Gesunde Lebensmittel

Der Lebensmittelsicherheitsbericht 2018 bestätigte die hohe Qualität der Lebensmittel in Österreich. Die Beanstandungsquote bei den gesundheitsschädlichen Proben betrug 0,5 Prozent, im Jahr 2017 lag sie bei 0,4 Prozent. Die Zahl der Lebensmittelbetriebe mit Verstößen lag auf dem Niveau von 2017.

Brandstifter hat Recht auf Schutz verwirkt!

Schutzberechtigter soll an Brandanschlag beteiligt gewesen sein

Erster Fahndungserfolg der Polizei nach dem Brandanschlag in St. Pölten: Ein „subsidiär Schutzberechtigter“ Afghane wurde festgenommen. Die FPÖ fordert seine Abschiebung.

„Unser Vertrauen in die gute Arbeit der Polizei hat sich mit dem ersten Ermittlungserfolg bewahrheitet“, lobte Niederösterreichs FPÖ-Landesobmann Udo Landbauer den raschen Ermittlungserfolg der Polizei zu dem Brandanschlag auf die FPÖ-Landesgeschäftsstelle in Sankt Pölten.

Foto: NFZ

Hofer: „Der Brandstifter hat das Aufenthaltsrecht verwirkt.“

Recht auf Schutz verwirkt

Ein Verdächtiger, der sich bei dem Anschlag Brandwunden zugezogen hatte, wurde in Wien festgenommen. Bei ihm soll es sich um einen subsidiär Schutzberechtigten handeln. Also jemandem, der kein Asyl zugesprochen bekam, aber aus Sicherheitsgründen nicht in die Heimat abgeschoben werden kann.

Für FPÖ-Chef Norbert Hofer hat dieser sein Recht auf Schutz verwirkt: „Er hat den Tod von Menschen in Kauf genommen und daher sein Aufenthaltsrecht verwirkt.“

Erklärungsbedarf für Rendi-Wagner

Die SPÖ hatte für den Nationalratswahlkampf ein „Fairness-Abkommen“ von den anderen Mitbewerbern eingefordert. Jetzt hat sie selbst ein Problem mit der Fairness ihrer niederösterreichischen Genossen.

Foto: Facebook.com/Black Lions GE

Beim heurigen Stadtfest der SPÖ-Groß-Enzersdorf veranstaltete die Sozialistische Jugend ein „Ibiza-Dosenschießen“ (Bild). Auf den Dosen waren die Mitglieder der ehemaligen türkis-blauen Regierung abgebildet. Dass die Stadt- und Landes-SPÖ davon nichts gewusst haben wollen, ist anhand einiger bei dem Fest gemachter Fotos widerlegt: Denn eines zeigt SPÖ-Landeschef Franz Schnabl und SPÖ-Bürgermeisterin Monika Obereigner-Sivec begeistert von der Idee der Jusos, den politischen Gegner zum Abschuss freizugeben.

„Auch wenn wir uns erst am Beginn des Wahlkampfes befinden, erwarte ich mir auch von der SPÖ ein Mindestmaß an Niveau im politischen Diskurs. Die neuerliche Aktion zeigt einmal wieder, wie tief die SPÖ in den politischen Schmutzkübel greift“, kritisierte FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky die angeblich so auf Fairness bedachten Genossen.

Bemerkenswert an der Aktion der SPÖ-Groß-Enzersdorf: An der Spitze der Stadt-SPÖ stehen zwei ausgebildete Pädagogen.

ÖVP will Grünen als Verbotspartei imponieren

Neben dem poltischen Islam will die Volkspartei auch die Identitäre-Bewegung verbieten

Die ÖVP hat sich für ein „umfassendes Maßnahmenpaket“ ausgesprochen, mit dem „der Extremismus“ bekämpft werden soll. Dazu zählt auch das Verbot der Identitären-Bewegung, das die Volkspartei gar zur Koalitionsbedingung erhebt. Die Grünen freuen sich.

Die Versuche der ÖVP, den freiheitlichen Ex-Innenminister Herbert Kickl als Garanten für mehr Sicherheit für die Österreicher zu verdrängen, treiben immer seltsamere Blüten.

Nach der Präsentation des Verfassungsschutzberichts vergangene Woche wollte sich die ÖVP als Sicherheitspartei präsentieren, ausgerechnet durch Wiens ÖVP-Chef Gernot Blümel. Von den fünf Punkten, mit denen der „Extremismus in Österreich“ bekämpft werden soll, zielen vier auf den politischen Islam ab. Und die stammen bereits aus dem Regierungsübereinkommen, in das sie von der FPÖ hineinreklamiert worden sind.

Die Forderung, wonach islamistische Kämpfer ihr Gerichtsverfahren und ihre Haftstrafe im Nahen Osten verbüßen sollen, hatte im Februar bereits FPÖ-Innenminister Herbert Kickl gefordert. Damals war er aber damit auf wenig Gegenliebe bei der ÖVP gestoßen. Dass ausgerechnet Blümel dieses Paket präsentierte, entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie: Er war als Minister für das Kultusamt zuständig, das es nicht zustande gebracht hat, Moscheen zu schließen, in denen Hassprediger auftraten.

Foto: FPÖ

Kickl: ÖVP hat bisher das Verbot des politischen Islam verhindert.

Blaues Original, schwarze Kopie

„Die jetzt von der ÖVP erhobene Forderung ist an Scheinheiligkeit nicht zu überbieten. Schließlich war es das Justizressort und damit die ÖVP, die ein solches Gesetz blockiert und damit verhindert hat. Jetzt, vor der Wahl, damit wieder hausieren zu gehen und unsere Forderung zu kopieren, zeigt die Unglaubwürdigkeit“, wundert sich der geschäftsführende FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl über diese Scharlatanerie der Volkspartei. Die FPÖ habe damals eine Gesetzesänderung forciert, sei aber auf taube schwarze Ohren gestoßen.

Und was das Verbot der Identitären betrifft: Österreich hat mit dem Verbotsgesetz eine starke Handhabe gegen neonazisitsche Umtriebe. Das Gesetz auch noch zur Koalitionsbedingung zu erheben, ist im Grunde bereits die Ankündigung einer Koalition mit den Grünen.

FBI Freiheitliches Bildungsinstitut

Politische Bildung aktuell

○ Partei ✔ Regierung ○ Parlament ○ Publikationen ○ Seminare ○ Veranstaltungen

Die Koalition aus ÖVP und FPÖ von Dezember 2017 bis Mai 2019 gilt als die dritte Regierungsbeteiligung der FPÖ in der Geschichte der Zweiten Republik. In dieser Regierungsperiode stellte die FPÖ sechs Minister und einen Staatssekretär. Angesichts der Nationalratswahl 2019 sollen die wichtigsten Projekte unter blauer Regierungsverantwortung in den nächsten Wochen beleuchtet werden.

Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres

„Wiederbelebung“ des Multilateralismus: Das Außenministerium hat sich in dieser Regierungsperiode dafür eingesetzt, dass auf die enormen geopolitischen Veränderungen mit einer verstärkten Kooperation auf internationaler Ebene reagiert wird. Gleichzeitig intensivierte Österreich als neutrales Land seine Vermittlerrolle zwischen Russland einerseits und der EU und den USA andererseits. Mit den USA wurde auch ein strategischer Dialog aufgenommen, der die Zusammenarbeit etwa in der Frage der Stabilität Südosteuropas verstärken soll.

Beziehungen zur Türkei: Mit der Türkei wurde, unabhängig von der klaren Ablehnung eines EU-Beitritts, ein Neustart in den bilateralen Beziehungen erreicht, der unter anderem zur Wiederaufnahme der archäologischen Grabungen in Ephesos durch ein österreichisches Team führte.

Gegen Diskriminierung von Frauen: In der Entwicklungszusammenarbeit und der Integrationspolitik wurden vom Außenministerium vor allem bezüglich der Lage von Frauen klare Akzente gesetzt. Dabei sollen Frauen als Motor von Entwicklung und Integration besonders gefördert sowie Migrantinnen aufgefordert werden, ihre Möglichkeiten in der Gesellschaft und am Arbeitsmarkt zu nutzen. In diesem Zusammenhang thematisierte das Ministerium auch die Gewalt an Frauen – etwa beim Tabuthema der weiblichen Genitalverstümmelung (Female Genital Mutilation, FGM).

Dr. Karin Kneissl war von 2017 bis 2019 Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres

Mit der Ex-Diplomatin Karin Kneissl, die als unabhängige Expertin in die Bundesregierung eintrat, saß erstmals eine von der FPÖ nominierte Persönlichkeit an der Spitze des Außenministeriums.

FBI: Im Auftrag der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit.

FPÖ TEAM ROT-WEISS-ROT FÜR ÖSTERREICH IM EU-PARLAMENT

Foto: NFZ

Harald Vilimsky

Migranten: Salvini macht´s wie Obama

Wer erinnert sich noch an Barack Obama? Der Vorgänger von Donald Trump als US-Präsident galt auch der europäischen Linken als Heilsbringer, bevor Greta Thunberg auftauchte. Noch ehe Obama 2017 aus dem Amt schied, änderte er eine jahrzehntelange Einwanderungsrichtlinie: Ab sofort würden Kubaner, die illegal einreisten und nicht unter humanitären Schutz fielen, zurückgeschickt, teilte Obama mit. „Damit behandeln wir Migranten aus Kuba genauso wie Migranten aus anderen Ländern.“

Kubanische Bootsmigranten, die es in die USA schafften, waren bevorzugt behandelt worden – ein Pull-Faktor also. Wer aber ohne Visum in US-Gewässern aufgegriffen wird, wird von den US-Behörden nach Kuba oder in Drittländer zurückgeschickt. Alles in Kooperation mit dem nicht gerade wegen seiner menschenrechtlichen Vorbildwirkung bekannten Kuba.

Die US-Küstenwache schätzte 2014, dass einer von vier Kubanern, die übers Meer fliehen, nicht überlebt habe. Mit Obamas Maßnahme hat sich das drastisch verändert. Die Logik: Wenn konsequent zurückgeschickt wird, machen sich weniger auf die Reise.

Das ist ziemlich genau die Politik, die Italiens Innenminister Matteo Salvini hinsichtlich der Migration übers Mittelmeer forciert. Nur mit einem Unterschied: Während Obama von niemandem dafür kritisiert wurde, ist Salvini der Gottseibeiuns der Migrationsfreunde.

Gender-Wahn führt bereits zu Zensur bei Werbung

In Großbritannien sind erstmals zwei Werbeeinschaltungen verboten worden, weil sie sexistische Stereotype transportieren. Es handelt sich um Werbevideos für den e-Golf von VW und für einen Frischkäse des Konzerns Mondelez, die gegen die zu Jahresbeginn eingeführten neuen Regeln verstoßen haben sollen.

Diese neuen britischen Vorschriften für Werbung verbieten, dass Männer und Frauen bei Gender-stereotypen Aktivitäten gezeigt werden. Menschen sollten auf diese Weise „nicht mehr darin eingeschränkt werden, wie sie sich selbst sehen und wie andere sie und ihre Lebensentscheidungen sehen“.

In dem VW-Video sind Männer als Extrembergsteiger, Astronaut und Leichtathlet zu sehen, dazu eine Szene mit einem Pärchen beim Camping, die Frau schläft, der Mann schließt das Zelt. Beendet wird der Clip mit einer Frau, die neben einem Kinderwagen sitzt. Männer aktiv, Frauen passiv – geht gar nicht!

Im Frischkäse-Film treten zwei Männer auf, die sich sich um ihre Babys kümmern. Allerdings so ungeschickt, dass in einem Restaurant mit Fließband die beiden Babys darauf landen, weil die Väter vom Frischkäse so abgelenkt werden. „Lasst uns das nicht Mama sagen“, flüstert ein Vater zum anderen. Männer unfähig, sich um ihre Kinder zu kümmern? Geht auch nicht, entschied die Werbeaufsicht.

Das ist wohl das politisch korrekte Ende des britischen Humors.

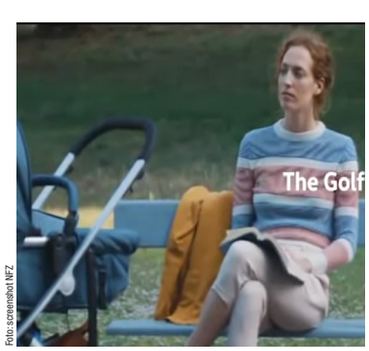


Foto: screenshot NFZ

Zu Geschlechter-stereotyp.

Merkels „3-Billione Erreichung der „Kli

4.600 Billionen Euro sind Merkel nicht genug: Sie

Foto: EU

Von Greta in Panik versetzt? Die Kanzlerin will Deutschland bis 2050 zum N „nur“ um 90 Prozent zu reduzieren. Das kostet drei Billionen Euro mehr, und

Mit „Pillepalle“ (Kleinkram) ist jetzt Schluss, drohte Kanzlerin Angela Merkel nach der EU-Wahl-Pleite ihrer Fraktion. Jetzt muss eine radikale Wende in der Klimapolitik her. Die Erreichung der alten Klimaziele würde in den verbleibenden 15 Jahren 4,6 Billionen Euro kosten, Merkels neues Klimaziel sogar noch drei Billionen Euro zusätzlich – um den weltweiten CO2-Ausstoss um zwei Prozent zu senken.

1994 wurde der damalige Deutsche-Bank-Chef Hilmar Kopper von den Medien empört niedergeschrieben, weil er eine Schadenssumme von 50 Millionen Deutscher Mark – bei einem Gewinn von 2,2 Milliarden Mark – überheblich als „Peanuts“ bezeichnet hatte.

Vier Billionen sind „Kleinkram“

Und was passierte Anfang Juni, als Merkel die bisherigen Anstrengungen der Regierung zum Erreichen der Klimaziele als „Pillepalle“ bezeichnete? Der „Kleinkram“, also die Reduktion der CO2-Emmissionen um 90 Prozent bis zum Jahr 2050, kostet Deutschland 4.600 Milliarden Euro. Und trotzdem jubelten die Medien euphorisch. Zum Vergleich: Für das Jahresbudget der Bundesrepublik 2019 sind insgesamt 370 Milliarden Euro veranschlagt.

Die Klimakosten haben Experten der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina, der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften (acatech) und der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften für ihren im November 2017 veröffentlichten Bericht („Sektorkopplung – Untersuchungen und Überlegungen zur Entwicklung eines integrierten Energiesystems“) errechnet. Pro Haushalt in Deutschland bedeutet diese Gesamtsumme monatliche Mehrkosten von entwe-

Mit immer absurderen Vorschlägen ve sich an die selbstgesteckten, aber une

en-Pillepalle“ zur imarettungs-Ziele“

will sieben Billionen zur CO2-Null-Emmission

ull-Emissionsland führen, statt wie bisher geplant, den CO2-Ausstoss um d diese CO2-Minderung wird von China in nur vier Monaten wettgemacht.

der 640 Euro – wenn die Reduktion schon 2035 geschafft sein soll, wie Merkel jetzt will – oder 320 Euro, wenn die Reduktion bis 2050 gestreckt wird. Monatlich, wohlgemerkt, nicht jährlich.

Null Wirkung für Atmosphäre

Als Referenzwert haben die Experten eine 40-prozentige CO2-Minderung bis 2030 angenommen. Deren Kosten berechnen die Forscher mit 1.500 Milliarden Euro. Nur jede weitere Erhöhung des Ziels lässt auch die Kosten proportional steigen: „Eine zusätzliche Minderung um 15 Prozentpunkte (von 60 auf 75 Prozent) führt zu höheren systemischen Gesamtkosten von rund 800 Milliarden Euro, während eine weitere Minderung um zehn Prozentpunkte (von 75 auf 85 Prozent) fast 1.000 Milliarden Euro Mehrkosten verursacht und eine nochmalige Minderung um weitere fünf Prozentpunkte (von 85 auf 90 Prozent) weitere rund 1.300 Milliarden Euro.“

Der Grund dafür: Der technische Aufwand für jede weitere Minderung wird bei bereits hohen Werten ungleich höher, da alle Potentiale für direkte Stromnutzung ausgereizt sind und kostengünstiges fossiles Erdgas durch aufwendig hergestellte synthetische Energieträger ersetzt werden muss.

Führt man diese Schätzung auf eine Reduktion von mehr als 90 Prozent fort, so kommt man auf zusätzliche Kosten für die letzten zehn Prozentpunkte bis zur Null-Emission von rund 3.000 Milliarden Euro.

Diese zusätzlichen drei Billionen Euro, die die Deutschen für ihre Null-Emmission zu bezahlen hätten, ersparen der Erdatmosphäre gerade einmal die Menge an CO2, die dem Zuwachs der CO2-Emissionen Chinas in vier Monaten entspricht. Das sollte der Frau Merkel doch irgendjemand einmal sagen.

Foto: bundesregierung.de

rsucht die große Koalition in Berlin, erreichbaren Klimaziele heranzutasten.

KURZ UND BÜNDIG

Foto: Twitter.com/Openarms

Lügen und tricksen

Um ihre menschliche „Ladung“ auf Lampedusa loszuwerden, hat das NGO-Seerettungschiff „Open Arms“ 13 seiner Passagiere zu „ernsthaft Erkrankten“ erklärt und sie an Land schicken dürfen. Nach der Untersuchung im Spital von Lampedusa stellte sich allerdings heraus, dass nur einer der „Patienten“ an einer Ohrenentzündung litt, die andern alle gesund seien. Also von ernsthaften oder gar lebensbedrohlichen Krankheiten, wie „Open Arms“ behauptete, keine Spur. Das ganze war wohl nur ein Trick, um die Situation auf dem Schiff mit 147 „Passagieren“ zu entschärfen. Denn deren Ärger über die Nichtaufnahme durch Italien scheint beträchtlich zu sein.

Mehr illegale Einwanderer

Foto: Stephen Ryan, IFRC

Im Juli haben 5.608 Menschen illegal von der Türkei nach Griechenland übergesetzt. Das teilte die griechische Küstenwache mit. Vergangene Woche hat das UNO-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) verkündet, dass der Juli der Monat mit den meisten Ankünften seit Inkrafttreten des Flüchtlingspakts zwischen der EU und der Türkei 2016 war. Laut UNHCR befinden sich derzeit mehr als 22.000 Migranten auf den griechischen Inseln der Ostägäis. Die neue konservative griechische Regierung will Asylverfahren beschleunigen. Wer kein Asyl bekommt, soll sofort in die Türkei zurückgeschickt werden.

Pfeift nach den Briten auch die Schweiz auf die EU?

Seit vier Jahren verhandeln die Schweizer mit der EU über einen Rahmenvertrag zur Teilnahme der Schweiz an Teilen des EU-Binnenmarkts über sektorale Verträge. Es spießt sich vor allem bei der Klärung der institutionellen Fragen, darunter einem Mechanismus zur Beilegung allfälliger Streitigkeiten zwischen Bern und Brüssel.

„Eine Einigung mit der aktuellen Kommission wäre ein Wunder“, beklagte der EU-freundliche Schweizer Außenminister Ignazio Cassis die Sturheit Brüssels zu den Schweizer Bedenken. Brüssel will den Schweizern, wie auch den Briten beim Brexit, einen Vertrag diktieren. Als Druckmittel hat Brüssel im Juni die Anerkennung der Schweizer Börse auslaufen lassen. Somit dürfen Banken und Vermögensverwalter aus der EU künftig nicht mehr mit Schweizer Aktien an der Schweizer Börse handeln.

Mit dem Rahmenvertrag will die EU etwa eine Regelung aufweichen, mit der die Schweizer bisher ihre hohen Löhne schützen: Ausländische Unternehmen müssen sich deshalb acht Tage vor der Ausführung eines Auftrags anmelden und eine Kaution hinterlegen, die sie bei Einhaltung der Schweizer Regelungen wieder zurückbekommen.

Und die Schweiz streubt sich gegen die Unionsbürgerrichtlinie, mit der EU-Bürger die höheren Schweizer Sozialleistungen beanspruchen könnten. Dafür würde es bei der obligatorischen Volksabstimmung keine Mehrheit geben.

Foto: EU

Schweiz unter Druck aus Brüssel.

TERMINE

August 22 — Sommergespräch der FPÖ Donaustadt

Die FPÖ Donaustadt lädt am Donnerstag, dem 22. August 2019, zum Sommergespräch mit FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp ins Gasthaus Goldener Hirsch (Hirschstettner Straße 83, 1220 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

August 29 — Sommergespräch der FPÖ Donaustadt

Die FPÖ Donaustadt lädt am Donnerstag, dem 29. August 2019, zum Finale ihrer Sommergespräche mit Bezirksparteiobmann Nationalratsabgeordnetem Martin Graf ins Gasthaus Goldener Hirsch (Hirschstettner Straße 83, 1220 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

September 6 — Familienfest der FPÖ Favoriten

September 6 — Oktoberfest in der Donaustadt

LESER AM WORT

Unabhängigkeit, ade?

Lieber Herr Dichand jun.! Was Sie in den letzten Wochen aus der Kronen Zeitung gemacht haben, ist eine Schande, ihr Vater muss sich ja im Grab umdrehen. Er hat sich immer um eine ausgewogene Berichterstattung bemüht, auch wenn seine politische Präferenz kein Geheimnis war. Er stand auch immer der EU kritisch gegenüber. Sie haben die Krone zum EU-Jubelblatt gemacht und damit sehr viele Leser vor den Kopf gestoßen. Egal, wie man zur FPÖ steht, aber was Sie jetzt machen, ist Hetze gegen Menschen, die nicht Ihre Meinung (oder die Meinung, die man Ihnen vorschreibt) teilen. Ich bin von der Krone schwer enttäuscht, und ich verstehe, dass viele Leute ihr Abo gekündigt haben.

Stephan Pestitschek, Strasshof

Foto: Twitter.com/Openarms

NGO-Erpressung

Es muss endlich Schluss sein mit den ständigen Erpressungen! Wann wird endlich ein Kapitän zur Verantwortung gezogen. Erst unterstützt er die Schlepper, fährt durchs halbe Mittelmeer, obwohl sichere Häfen in Nordafrika näher sind, und dann will er mit Erpressung den Landgang in Italien erzwingen. Die NGOs retten schon lange nicht mehr, sondern betreiben Erpressung und beinharte Politik zu Lasten von uns Europäern.

Ernst Pitlik, Wien

ÖVP und Identitäre

Wenn man möchte, dass indigene Völker ihre Kultur behalten, ist man ein Menschenfreund. Wenn man möchte, dass die eigene Kultur erhalten bleibt, ist man ein Rechtsradikaler.

Robert J. Scherzer, per E-Mail

Erinnerung an „Club 45“

SPÖ-Chefin Rendi-Wagner wurde im luxuriösen „Club 55“ in Saint-Tropez fotografiert. Politisch Interessierte erinnern sich dabei an den „Club 45“ über dem Demel in Wien, geführt von Udo Proksch. Prominente Sozialdemokraten waren mit ihm befreundet, bis er die „Lucona“ versenkte und sechs Menschen starben. Auch danach gab es noch Interventionen zu seinen Gunsten. Daran sollte sich die SPÖ erinnern – im „Club 45“ dürfte einiges umgesetzt worden sein, wovon im Ibiza-Video nur geredet wurde.

Erich Pitak, Wien

Wo ist der „Hausverstand“?

In meinem Heimatort hat der Sohn unseres langjährigen Hausarztes die Arztpraxis übernommen. Leider haben ihm die Verantwortlichen die Arztapotheke weggenommen. Jetzt sollen wir fünf Kilometer in die nächste Apotheke fahren, um die Medikamente zu holen. Nicht alle alten, chronisch kranken Patienten haben ein Auto. Ich etwa müßte also mit meinem E-Rollstuhl zehn Kilometer hin und zurück zuckeln.

Maria Klingler, Kirchdorf/Tirol

Foto: NFZ

Verschlussakt

Die Behauptung eines Sprechers der Korruptionsstaatsanwaltschaft, die wegen einer „anonymen Anzeige“ Hausdurchsuchungen veranlasst hat, dass diese Causa „ein Verschlussakt ist und daher strenger Vertraulichkeit unterliegt“, ist bemerkenswert, wie die Medien darüber bestens informiert sind.

Stefan Scharl, Klosterneuburg

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

Neue Freie Zeitung

BESTELLSCHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9
E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

○ Halbjahrespreis € 15,- ○ Jahrespreis € 30,- ○ Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-
○ Auslandsjahresbezug € 73,- ○ Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss.
Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird.
Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Bestellungen auch per E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Name: _____ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe*: _____
(Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: _____
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: _____ Geburtsdatum: _____ Unterschrift: _____

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt**: _____

* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.
** Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN

Rote Gesundheitspolitik: Mache falsch, was nur geht

Trotz Wartezeiten-Chaos will SPÖ-Hacker weniger Fachärzte

Zerschlage das Gesundheitssystem, und die Leute werden gesünder. So lautet anscheinend das Motto zur Gesundheitspolitik der SPÖ Wien, interpretierte FPÖ-Gesundheitssprecher Wolfgang Seidl die Skandal- und Missstands-Chronik im roten Wien.

„Skandale und unzählige Missstände prägen den Sozial- und Gesundheitsbereich der Bundeshauptstadt unter Führung überforderter Genossen“, bedauerte der Gesundheitssprecher der Wiener FPÖ, Wolfgang Seidl, ebenso wie die Lernresistenz der verantwortlichen Politiker im Rathaus zu diesem Niedergang des Wiener Gesundheitswesens.

Foto: NFZ

SPÖ-Gesundheitspolitik in Wien: Bitte warten!

Warteizeiten werden länger

Die durchschnittliche Wartezeit auf Bandscheibenoperationen im AKH, der Rudolfstiftung und dem Donauspital beträgt 118 Tage. Auf eine Hüft-Totalendoprothese wartet man im AKH sogar 147 Tage. „Gesundheitsstadtrat Hacker muss umgehend Maßnahmen setzen, um diese unglaublichen Wartezeiten zu reduzieren“, forderte Seidl.

Und was schlägt der angesprochene SPÖ-Stadtrat Peter Hacker vor? Er will die Zahl der Wahlärzte beschränken, weil deren Abwanderung in den Privatversicherungsbereich die Hauptschuld dafür tragen soll, dass Kassenstellen unbesetzt, die Spitalsambulanzen überfüllt und die Wartezeiten in Facharztordinationen und daher auch für Operationen lang sind. Weniger Wahlärzte hätte aber nur zur Folge, dass Patienten nicht mehr auf den Privatsektor ausweichen können, wenn sie einer Fließbandabfertigung und den langen Wartezeiten entgehen wollen.

„Hätte man nicht beim Bau des KH Nord hunderte Millionen in den Sand gesetzt, sondern richtig investiert, dann wären nötige Operationen vielleicht kein endloses Wartespiel für die Patienten“, kritisiert Seidl die letzte der vielen Fehlentscheidungen der SPÖ Wien.

FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI DONAUSTADT

INFORMIERT

Donaustädter Sommergespräche 2019

Juli und August, immer am Donnerstag von 19 bis 21 Uhr.
GH Goldener Hirsch, Hirschstettner Straße 83, 1220 Wien.

Do 22.8. Vizebürgermeister Dominik NEPP, MA

Do 29.8. Bezirksparteiobmann NAbg. Dr. Martin GRAF

Moderation: LAbg. GR Angela Schütz (angela.schuetz@fpoe.at)

Die Mannschaft der Donaustädter Freiheitlichen
freut sich auf Dein/Ihr Kommen!

NAbg. Dr. Martin Graf
Bezirksparteiobmann

KO LAbg. Toni Mahdalik
geschäftsführender Bezirksparteiobmann

Wir weisen Sie darauf hin, dass auf diesen Veranstaltungen gefilmt und fotografiert wird.

Aufnahmen werden im Anschluss von der Freiheitlichen Partei Österreichs verarbeitet und im Internet (insbesonder auf den Internetauftritten des Verantwortlichen und in Sozialen Medien wie Facebook) oder aber auch als Live Stream veröffentlicht. Mit der Teilnahme an diesen Veranstaltungen nehmen Sie zur Kenntnis und erklären sich einverstanden, dass Aufnahmen von Ihnen verarbeitet und veröffentlicht werden.

Soweit sich aus den Bildnissen Hinweise auf die ethnische Herkunft, Religion oder Gesundheit des Mitarbeiters ergeben (z.B. Hautfarbe, Kopfbedeckung, Brille, Art 9 DSGVO), bezieht sich dessen Einwilligung auch auf diese Angaben.
Weitere Informationen finden Sie unter: www.fpoe.at/datenschutz

/FpoWienDonaustadt
/fpoewiendonaustadt
/FPOeDonaustadt

donaustadt.fpoe-wien.at

Impressum: Herausgeber, Medieninhaber: FPÖ Donaustadt, Konstanziagasse 31, 1220 Wien

WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff

Vorgestern hab ich im Arenbergpark einen holden Knaben, etwa fünf, in der Sandkiste erblickt. Wie er grad einen Haufen Gatsch einem anderen Fünfjährigen auf sein blütenweißes Leiberl geknallt hat. Und dann hat er geschrien: „Pfui, du bist dreckig!“ Da hat’s sogar den Flakturm gebeutelt.

Noch fünf Wochen

Mir aber ist unweigerlich die jetzige Politik- und Medienlandschaft eingefallen. Etwa eine kleine, aber vielgelesene Tageszeitung. Und vor allem der ORF.

Beim Sommergespräch mit Norbert Hofer war’s ja noch fair, Herr Pötzelsberger begegnete Herrn Hofer respektvoll, das muss man ihm lassen. Dann aber ist die sogenannte „Analyse“ gekommen. Erwartungsgemäß mit dem ständigen, schlafördernden Oberguru Filzmaier und dazu einer Dame – von welcher Zeitung wohl? Von dem mit täglich zahlreichen Grammatik- und Rechtschreibfehlern gesegneten oben genannten Blattl. Es war, als ob die Sendung von den anderen Parteien gesponsert worden wäre. Die Kommentare waren abenteuerlich, sie würden den Brüdern Grimm alle Ehre machen. Ja, sogar jedem Wildwestroman. Unser rot- und grünstichiges Farbfernsehen macht’s möglich.

Motto: bleibt sicherlich was hängen. Und den Hofer, den schreddern wir noch...

VORARLBERG

Mehr Forschung

Auch wenn die Forschungs- und Entwicklungsquote in Vorarlberg in den vergangenen Jahren leicht angestiegen ist, liege das Bundesland österreichweit gesehen nach wie vor nur auf Platz sieben, kritisierte der freiheitliche Wirtschaftssprecher Hubert Kinz die Untätigkeit der schwarz-grünen Landesregierung: „Die Forschungs- und Entwicklungsarbeit ist für die Attraktivität eines Standortes von wesentlicher Bedeutung. Und auch wenn wir keine Universität im Lande haben, darf sich die schwarz-grüne Landesregierung in dieser Frage nicht weiter zurücklehnen, sondern muss ein verlässlicher Partner für die Wirtschaft sein!“

SALZBURG

Nicht durchdacht

Foto: FPÖ Salzburg

Karin Berger

Als „ausgesprochene Steuergeldverschwendung“ bezeichnete FPÖ-Gesundheitssprecherin Karin Berger die Pläne der Landesregierung zum Bau eines neuen Zentralkrankenhauses im Salzburger Stadtteil Mülln. „In seiner Zentralisierungswut hat der Gesundheitslandesrat auf die Verkehrsbedingungen vergessen. Bei Großveranstaltungen wird es – entsprechend der aktuellen Situation – zu erheblichen Beeinträchtigungen in der Erreichbarkeit des Spitals kommen.“

Anfrage zu gemeinnützigen Tätigkeiten von Asylwerbern

Aktuelle Zahlen sollen Klarheit zu „Anerkennungslohn“ bringen

OBERÖSTERREICH

Die FPÖ Oberösterreich will herausfinden, was die Rücknahme des Anerkennungsbeitrags für Asylwerber von 1,50 Euro dem Land kostet.

Foto: Andreas Maringer/cityfoto.at

Mahr: Welche Kosten verursacht der ÖVP-Alleinentscheid?

Mit aktuellen Zahlen aus Oberösterreich will die FPÖ die Diskussion wieder vorantreiben, erklärte FPÖ-Klubobmann Herwig Mahr: „Interessant könnte dabei sein, ob Asylwerber nach einem positiven Aufenthaltsbescheid und damit verbundenem Zugang zur Mindestsicherung auch noch weiterhin gemeinnützig tätig bleiben, sich um Integration bemühen.“

Bezahlte Gemeinnützigkeit?

Die Zuverdienstgrenze für Asylwerber liege grundsätzlich bei 110 Euro pro Monat. „Hier geht es weder um fixe Jobs, noch müssen Asylwerber davon ihren Lebensunterhalt bestreiten. Dafür gibt es die Grundversorgung, mit der sie kostenfrei untergebracht und ausreichend versorgt werden“, stellt Mahr klar.

Knapp die Hälfte aller Österreicher verrichtet gemeinnützige Arbeit. Das ist auch notwendig für einen funktionierenden Sozialstaat. Finanzielle Entschädigungen gibt es aber nur in den allerseltensten Fällen, erinnerte der FPÖ-Klubobmann: „Warum es also für Asylwerber anders sein soll, sie extra dafür bezahlt werden sollen, ist für mich unerklärlich.“

NIEDERÖSTERREICH

Land gegen Gemeinde

Der freiheitliche Spitzenkandidat im Wahlkreis Niederösterreich-Ost, der Nationalratsabgeordnete Werner Herbert, wunderte sich über die Entscheidung der Grundverkehrsbehörde zu dem umstrittenen Ankauf eines Hauses in Weikendorf zugunsten einer Moslem-Familie: „Das ist weder politisch nachvollziehbar, noch der Bevölkerung, die sich klar dagegen ausgesprochen hat, erklärbar.“

Foto: NFZ

Werner Herbert: Die Behörde hat den Willen der Bürger ignoriert.

Diese und die Gemeindeführung hatten ihre Bedenken wegen der unterschiedlichen Kulturkreise und der damit divergierenden Sitten und Gebräuche geäußert, aber auch die Einflussnahme außenstehender moslemischer Personen und Vereine kritisiert, erinnerte Herbert.

Offenbar werde hier vor der Nationalratswahl im September versucht, kritische Stimmen gegen den beabsichtigten Zuzug der Familie mit dem „Vorschlaghammer der Behörde“ eines Besseren zu belehren, vermutet Herbert: „Ob derartige Entscheidungen dem Dorfleben in Weikendorf und einer zukünftigen Integration der betroffenen Familie in der Gemeinde hilfreich sein werden, ist zu bezweifeln. Die realpolitischen Konsequenzen derartiger Entscheidungen haben ideologisch geprägte Weltverbesserer ohnedies noch nie interessiert!“

TIROL

Foto: FPÖ

Peter Wurm

Schluss mit den Messerattacken!

Der Tiroler FPÖ-Spitzenkandidat zur Nationalratswahl, Peter Wurm, kritisiert nach dem jüngsten „Macheten-Attentat“ die „neue Qualität der Gewalt“ durch Asyl-Einwanderer in Innsbruck: „Anscheinend ist man auch in Europa und Österreich nirgends mehr sicher.“ Er fragt die Masseneinwanderungs-Fetischisten, was denn nun der neue Sicherheitsabstand sei: „Eine Armlänge scheint ja überholt zu sein. Eine Machetenlänge oder eine Zuglänge? Für mich ist jedenfalls klar, dass der Optimalabstand für maximale Sicherheit eine Mittelmeerlänge ist.“

KÄRNTEN

Foto: Pmj/wikimedia CC BY-SA 3.0

FPÖ Kärnten fordert von Slowenien die Anerkennung der Altösterreicher in der Verfassung – entsprechend dem EU-Recht

Schluss mit Diskriminierung der Altösterreicher!

Anerkennung der Minderheit in der slowenischen Verfassung

In einer Reaktion zum Start eines Dialoges zur gemeinsamen Geschichte Österreichs und Sloweniens fordert Kärntens FPÖ die Anerkennung der deutschsprachigen Minderheit in Slowenien ein.

Kärntens FPÖ-Landesobmann Gernot Darmann begrüßte den von den beiden Parlamentspräsidenten Wolfgang Sobotka und Dejan Zidan vereinbarten Start eines Dialoges zur gemeinsamen Geschichte Österreichs und Sloweniens.

„Statt eines Historiker-Symposiums sollten Nägel mit Köpfen gemacht und raschest die deutschsprachige Minderheit in der slowenischen Verfassung anerkannt und abgesichert werden. Dies hätte in der Tat einen Mehrwert“, erklärte dazu der Kärntner FPÖ-Landeschef.

Widerspruch zu EU-Recht

Denn entgegen der Europäischen Konvention zum Schutze der Minderheit und ihrer Grundrechte und im Widerspruch zu den EU-Rechtsstandards gelte für die Altösterreicher in Slowenien und deren Nachkommen bis dato der diffamierende Status der Rechtlosigkeit, erinnerte Darmann.

Es sei absolut unakzeptabel, dass sich die Vertreter der deutschsprachigen Volksgruppe seit der Eigenstaatlichkeit Sloweniens vergeblich um die Anerkennung als autochthone Minderheit bemühen, obwohl sie eine alteingesessene Volksgruppe sei, betonte Darmann: „Was für andere autochthone Volksgruppen in Slowenien gilt, hat auch für die altösterreichische Volksgruppe zu gelten. Denn besonders eine kleine Minderheit benötigt den verfassungsmäßigen Schutz sowie eine entsprechende finanzielle Ausstattung, um als Volksgruppe bestehen zu können.“

Ein steirisches KH Nord?

Das von ÖVP und SPÖ geplante Prestigeprojekt „Zentralkrankenhaus“ in Stainach-Pürgg könnte laut der in Medien zitierten Experten doppelt so teuer kommen als die bisher veranschlagten 250 Millionen Euro.

„Wir Freiheitliche sehen unsere Warnungen bestätigt und werden daher abermals den sofortigen Stopp des Zentralisierungsprojekts beantragen“, kündigt FPÖ-Landeschef Mario Kunasek an. Das von ÖVP und SPÖ im Rahmen ihres „Gesundheitsplans 2035“ für den Bezirk Liezen geplante Zentralkrankenhaus war von Anfang an höchst umstritten. Dem Steuerzahler drohen infolge dieser ‚Husch-Pfusch‘-Politik Mehrkosten in dreistelliger Millionenhöhe.

„So mancher Steirer sieht bereits eine Parallele zur Misswirtschaft der Wiener SPÖ rund um das Krankenhaus Nord heraufziehen. Neben dem unverzüglichen Stopp des Projekts Zentralspital müssen alle Hintergründe, die zu den Fehlplanungen geführt haben, genau untersucht werden“, fordert Kunasek.

STEIERMARK

Foto: FPÖ Steiermark

Kunasek: Steirischen Steuerzahlern droht jetzt ein KH Nord.

Foto: FPÖ Kärnten

LÄNDER-SACHE

Gernot Darmann
FPÖ-Landesparteiobmann Kärnten

Trotz massivem Gegenwind aus der Bevölkerung und monatelanger FPÖ-Kritik wird zwischen 9. September und 27. Oktober das Wörthersee-Stadion unter dem Titel „FOR FOREST“ von einem künstlich verpflanzten Mischwald bespielt. Die Umsetzung der Kunstinstallation durch den Künstler Klaus Littmann wurde von der SPÖ-regierten Landes- und Stadtregierung erst möglich gemacht, wird von dieser auf allen Ebenen gefördert und ist ein Symbol für die Inhaltslosigkeit der SPÖ-Politik in Kärnten.

Roter Umweltfrevel

Der Skandal: Für das SPÖ-Prestigeprojekt wurden aus den Niederlanden, Deutschland und Italien per Lkw 300 ausgewachsene Bäume nach Klagenfurt angekarrt und ein enorm hoher Einsatz von fossiler Energie in Kauf genommen. Auch der hohe technische und finanzielle Aufwand scheint für diesen Umweltfrevel keine Rolle zu spielen!

Für den Fußballsport ist dieses „Kunstprojekt“ eine einzige Katastrophe. Die Fans sind verärgert, und es entstehen Millionen Euro an Verlusten, weil mehrere Fußball-Großereignisse des WAC und des Nationalteams heuer nicht im Klagenfurter Stadion stattfinden können. Nun müssen der WAC, der ein Fixticket für die Europa League besitzt, und der Verein SK Austria Klagenfurt „auswandern“, und die Fußballfans schäumen zu Recht!

Es ist erwiesen, dass sich europaweit nirgendwo Politiker finden, die ein sportlich und wirtschaftlich wertvolles Fußballstadion monatelang für einen Kunstwald blockieren, um es den sprichwörtlichen Schildbürgern gleichtun zu wollen.

GEZWITSCHER

Brigitte Fuchs
@FunkhausZorra

Wieso lese ich eigentlich in deutschen Zeitungen über #Ibizagate so manches, das ich in den heimischen Blättern nicht lesen kann?
14.08.19 09:44

Weil die hiesigen Medien kein Interesse an den Hintermännern des „Ibiza-Videos“ haben.

Tom Noppen
@tomnoppen

Das eigentliche Problem, das die meisten Hater mit #GretaThunberg haben, ist, dass sie das Ende der Ära des unbestrittenen, privilegierten, autofahrenden weißen Mannes verkörpert. Hunde, die laut bellen, haben oft Angst. Immer weiter so Greta!
17.03.19 08:46

Dass diese „alten, weißen Männer“ den Wohlstand geschaffen haben, der Frau Thunberg dieses Leben ermöglicht, wird von der Klima-Sekte peinlichst verdrängt.

TELEGRAM

GEFÄLLT MIR

Norbert Hofer
19.08.2019

Sommergespräch 2019: Wir wollen die Direkte Demokratie in Österreich weiter ausbauen und den Österreichern dadurch wesentlich mehr Mitbestimmungsrechte ermöglichen.

1.798 Personen gefällt das.

Vielleicht kann Norbert Hofer die ÖVP diesmal überzeugen, ihr eigenes Wahlversprechen einzulösen.

Hauptsache Rechtsextremismus: Journalismus à la ORF

ORF macht im Verfassungsschutzbericht nur „rechte Gewalt“ aus

Laut Verfassungsschutz ist der Islamismus die größte Bedrohung für unser Land. Im ORF kommen die Rechtsextremisten trotzdem an erster Stelle.

Laut „ZiB1“ liegen BVT-Gridling und Generaldirektor Lang falsch.

Foto: NFZ

Vergangene Woche wurde der Verfassungsschutzbericht 2018 vorgestellt. Die klare Botschaft des Generaldirektors für öffentliche Sicherheit, Franz Lang: „Der islamistische Extremismus bleibt die größte Gefahr.“

Immer nur Rechtsextreme

Aber nicht für die „ZiB1“-Redaktion. Die konzentriert sich auf rechtsextremistische Tathandlungen, die von 1.063 im Vorjahr auf 1.075 stiegen. Zudem verrät der ORF: „Rechtsextreme Gewalt richtet sich vor allem gegen Juden, Muslime und Asylwerber.“ Was rechtsextreme Gewalt betrifft, hat der Verfassungsschutzbericht 20 Anzeigen wegen Körperverletzung vermerkt, aber nichts über die Opfer. Der Großteil der rechtsextremen Straftaten (882) sind Verstöße gegen das Verbotsgesetz und Verhetzung wie Hakenkreuzschmiereien oder Facebook-Postings.

Islamismus und Linksextremismus werden im ORF verharmlost. So gilt die Grazer „Amokfahrt“ mit drei Toten und 36 Verletzten bis heute als Tat eines „psychischen Gestörten“, obwohl das Oberlandesgericht das Urteil bestätigt hat, wonach der bosnische Moslem zurechnungsfähig war und „einen geplanten Massenmord“ beging.

FPÖ IN DEN MEDIEN

Hoppala, jetzt hat auch die „Krone“ bemerkt, dass die ÖVP im Wahlkampf wieder das Windfähnchen spielt. „Sebastian Kurz startet mit einem Mieter-Zuckerl in die heiße Wahlkampfphase“ lässt das Blatt seine Leser wissen. Wieso die ÖVP bei der Makler-Provision zur Errichtung eines Mietvertrags ihre alte Position aufgibt, erfährt man nicht ganz genau: Kurz kopiert seine Parteifreundin Angela Merkel. Die will in Deutschland die Provision auf Mieter und Vermieter aufteilen.

ÖVP ändert im Wahlkampf Position:
Nur Vermieter sollen draufzahlen

Geradlinig hingegen der freiheitliche Ex-Innenminister Herbert Kickl. Seinen bisherigen Triathlon-Teilnahmen setzte er letzte Woche mit dem berüchtigten „Zillertaler Steinbocklauf“, 30 Kilometer durchs Hochgebirge, noch eins drauf. „Wahlkampf à la Herbert Kickl“ vermerkt dazu anerkennend „Österreich“.

Kickl läuft durch den Wahlkampf
Berglauf als Kontrastprogramm zu heftigen Vorwürfen an FPÖ

Jetzt NEU!
Das Telegram-Service der FPÖ:
Bequem, kostenlos und jederzeit kündbar!
So einfach funktioniert es:
App „Telegram“ am Handy herunterladen!
www.fpoe.at/telegram aufrufen und dem Kanal beitreten!
Fertig! Ab sofort genießt Du unser Service!
Telegram FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI
Anmeldung unter www.fpoe.at/telegram
Foto: iStock.com/Oleksandra Troian

Blauer Montag am Wachauer Volksfest

Montag, 26. August 2019
ab 19:30 Uhr
Franky´s Hasenstall

Bieranstich und Freigetränke

Live-Musik ab 18.45 Uhr: THE HOTDOGS

Begrüßung Stadträtin Mag. Susanne **Rosenkranz**
Landesrat Gottfried **Waldhäusl**
gf. Landesparteiobmann LAbg. Udo **Landbauer**, MA
Landesspitzenkandidat NAbg. Herbert **Kickl**

FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI BEZIRKSGRUPPE FAVORITEN

Einladung zum POLITISCHEN ABEND

mit unserem
TEAM FÜR ÖSTERREICH

Herbert Kickl
Dr. Dagmar Belakowitsch
Ricarda Berger

DONNERSTAG 05 SEP
19:00 Uhr
Hubertus Stadl
Himberger Straße 20, 1100 Wien

Eintritt frei !!!

Telefonische Tischreservierung unter 01 688 60 85 unbedingt erforderlich!

FPOE.FAVORITEN
www.favoriten.fpoe-wien.at

FPÖ WIR LEBEN HEIMAT

Einladung zum Sommerausklang

Sa, 07. September 2019

Beginn: 16 Uhr
Ende: 24 Uhr

in der Kellergasse am Gänsberg
in 2203 Großebersdorf

für Speis, Trank ist gesorgt! (freie Spende)

ERSATZTERMIN bei Schlechtwetter: Samstag, 14. September 2019

Die FPÖ Großebersdorf freut sich auf Euren Besuch!

IMPRESSUM | FPÖ Ortsgruppe Großebersdorf Medieninhaber | FPÖ Niederösterreich | Purkersdorfer Straße 38, 3100 St. Pölten | Folgenummer 4918777/2019

Anzeige

30.000 Euro Zugabe bei Bingo

Am 24. August werden 3 x 10.000 Euro zusätzlich verlost

Darf's ein bisserl mehr sein? Bei Bingo wartet jetzt eine ordentliche Zugabe in Form von 10.000 Euro auf drei Spielteil¬nehmer. Am Samstag, den 24. August, werden unter allen Bingo Tipps, die an zumindest einer der beiden Ziehungen am 17. und 24. August 2019 mitspielen, 3 mal 10.000 Euro extra verlost. Die Gewinn-Quittungsnummern werden unter anderem auf win2day.at sowie im ORF Teletext veröffentlicht.
Bingo wird in allen Annahmestellen ausschließlich als Quicktipp angeboten. Auf jeder Bingo Quittung können zwei, drei oder vier Tipps mit ebenso vielen Kartensymbolen gespielt werden.
Die Zahlen werden wie immer nach Annahmeschluss am Samstagnachmittag unter notarieller Aufsicht bei den Lotterien gezogen. Die Online Bingo Show garantiert Spannung und Ratespaß, jeden Samstag um 18.15 Uhr auf win2day.at/BingoShow. Die Highlights aus der Bingo Welt im Newsletter-Format gibt es übrigens unter: http://bit.ly/Bingo-News

Erneut Hochgewinner bei „Lucky Day“

Glückspilz aus NÖ gewinnt 100.000 Euro per Normalschein

Daten haben zweifelsohne eine ganz besondere Bedeutung für die Abgabe von Tipps. Geburtsdaten stehen dabei in der Hitliste an erster Stelle – ob die eigenen, die des Partners, der Kinder oder Eltern. Deshalb heißt es bei den Österreichischen Lotterien seit 1. April 2019 „Glaub an deinen Glückstag“. An seinen ganz persönlichen Glückstag hat auch jener Niederösterreicher geglaubt, der bei der Ziehung am 5. August 2019 per Normalschein 100.000 Euro gewonnen hat. Die Losnummer: 19-12-81 inklusive Glücks-Schein macht ihn damit zum jüngsten und somit zweiten Hochgewinner bei Lucky Day. Der erste Hochgewinner ist übrigens ein Oberösterreicher der mit einem Einsatz von 2 Euro bei der Ziehung am 17. Juli 2019 100.000 Euro per Quicktipp gewonnen hat. Und zwar mit der Losnummer: 08-10-43 sowie die Glücks-Sieben.

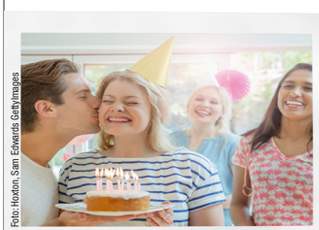


Foto: Hoxton, Sam Edwards GettyImages

01.07.18

Bei der neuen, täglichen Nummernlotterie „Lucky Day“ setzt man auf sein ganz persönliches Wunschdatum in Form von Tag, Monat und Jahr. Dazu kommt vom Spielterminal eines von 16 Glückssymbolen. Man kann aus vier Einsatzhöhen wählen: 2, 3, 4, und 5 Euro stehen dabei zur Verfügung. Der Hauptgewinn beträgt das 50.000-fache des Einsatzes, also bis zu 250.000 Euro. „Lucky Day“ kann als Wettschein oder Quicktipp in allen Annahmestellen gespielt werden. Die Ziehung findet täglich um 18.40 Uhr statt.

Einladung zum

Wahlauftakt

Samstag, 7. September

Plus City Pasching · Beginn: 9.30 Uhr

Palmenplatz · 4066 Pasching

Ab 9.30 Uhr: John Otti Band
Ab 10.30 Uhr: LHStv. Dr. Manfred Haimbuchner
Ab 10.45 Uhr: Rede gf. KO Herbert Kickl
Ab 11.15 Uhr: Rede design. BPO Ing. Norbert Hofer

FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI